

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

12.1.1931 (No. 9)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlsruhe
Telefon Nr. 354
und 354
Postfach Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Menck
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Sonntags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind durch die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, abmangelnder Verbreitung und Konsumveränderungen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Deutsches Handbuchsregister für Baden, Badischer Deutsches Handbuchsregister für Baden, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Schiedsspruch im Ruhrbergbau

Vor der Verbindlichkeitserklärung

WZ. Berlin, 12. Jan. (Tel.) In der Lohnkretzzeit im Ruhrkohlenbergbau hat der Reichsarbeitsminister die Tarifparteien zu einer Aussprache über die durch die beiderseitige Ablehnung des Schiedsspruchs vom 10. Januar 1931 entstandene Lage auf heute, Montag, den 12. Januar 1931, 17 Uhr, in das Reichsarbeitsministerium eingeladen. Die Aussprache gilt der Klärung der Frage, ob eine Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches erfolgen soll.

Proteste der Gewerkschaften

Sowohl die freien Gewerkschaften (Aller Bergarbeiterverband), wie die Christlichen und Kirch-Dunderföhen Gewerkschaften haben am Sonntag in Konferenzen im Ruhrgebiet gegen die sechsprozentige Lohnkürzung protestiert und den Schiedsspruch abgelehnt.

In der Reichskonferenz der freien Gewerkschaften wurde betont, es sei, nachdem die Erbitterung einen ungemein starken Grad erreicht habe, den organisierten Bergarbeitern außerordentlich schwer, das Lohnkürzung kamplos hinzunehmen. Wenn sich die Bergarbeitervertreter in der Konferenz trotzdem für die Hinusschiebung des Kampfes schmerzlichen Herzens entschließen würden, dann geschähe das nur in der Hoffnung, daß recht bald der Zeitpunkt zum Loslösen günstiger als jetzt sei. Das Vorstandsmitglied Marimüller bezeichnete die Entscheidung des Schiedsgerichts als einen politischen Spruch. Er gab damit für die Ablehnung wörtlich die gleiche Begründung, wie die Arbeitgeber. So berechtigt auch die Erbitterung der Arbeiterschaft sei, so bedenklich sei es, gegen einen verbindlich erklärten Spruch anzukämpfen. Daher müsse die gewissenhafte Streikparole der Kommunisten entschieden abgelehnt werden. Es sei zu bedenken, daß in wenigen Monaten im Ruhrbergbau mit neuen und schweren Tarifkonflikten zu rechnen ist, in deren Verlauf es zu entscheidenden Auseinandersetzungen kommen werde. Deswegen müsse jetzt alles daran gesetzt werden, die Schlagkraft der Verbände für die bevorstehenden Kämpfe zu erhalten und zu stärken. Die Abstimmung der Delegierten ergab die einstimmige Ablehnung des Schiedsspruchs.

In einer außerordentlichen Generalversammlung des Gewerkschaftsbundes Christlicher Bergarbeiter Deutschlands in Essen wurde eine Entschließung gefaßt, in der eingangs der drückenden Notlage der Ruhrbergleute gedacht wird, und dann weiter heißt, die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaues rechtfertige den Schiedsspruch nicht. Die Behauptung der Besondereverwaltung, daß es dem Ruhrbergbau finanziell schlecht gehe, und er mit Zuschüssen arbeiten, könne nicht stimmen. Die außerordentliche Generalversammlung lehne darum den Schiedsspruch mit aller Entschiedenheit ab. Sie fordere die Einführung einer unparteilichen Jankung zur ständigen Prüfung der Rentabilität des Bergbaues, wie sie in England bestche. In der Preisabbauforderung wurde von der Reichsregierung verlangt, daß sie mit derselben Schnelligkeit und Energie, mit der sie die Löhne abbaue lasse, auch eine Senkung der Preise und Abgaben durchsetze.

Die Konferenz der Vertrauensmänner des Kirch-Dunderföhen Verbandes (Abteilung Bergbau) hat den Schiedsspruch gleichfalls einstimmig abgelehnt.

Gründung eines kommunistischen Bergarbeiterverbandes

Die Kommunisten setzen ihre Bemühungen, die Gewerkschaftsfront zu durchbrechen, fort. Sie hatten auch für Sonntag zu einer neuen Schiedsdelegiertenkonferenz eingeladen, in der unter dem Beifall einer nach Tausenden zählenden Menge die Gründung des sogenannten „Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands“ beschlossen wurde. Im Präsidium des Verbandes sollen nach Angaben des Versammlungsleiters mehrere ehemalige Mitglieder des Deutschen Bergarbeiterverbandes und des Gewerkschaftsbundes Christlicher Bergarbeiter vertreten sein. Es wurde kein Hehl daraus gemacht, daß der Verband einen politischen Kampf führen will und sich als Vorposten der Sowjetunion in Deutschland betrachtet.

Anschließend an die Gründungsversammlung wurden, wie es heißt, in internen Beratungen weitere Streikmaßnahmen beschlossen. Ob es indessen den Kommunisten gelingen wird, den Teilstreik erneut aufzuladern zu lassen, bleibt bei der scharfen polizeilichen Wachsamkeit im Revier sehr fraglich.

850 000 Reichsmark Lohnausfall während des wilden Streiks

Der Bergbauverein teilt mit: Der Ausfall im Ruhrgebiet ist beendet. Die Höchstziffer der Beteiligung an Streiks betrug in der Morgenschicht vom 8. Januar 15 834. Der Gesamtschichtausfall beläuft sich auf rund 95 000 Schichten und der Gesamtlohnausfall auf rund 850 000 M. Für den Hauer, der vom 1. bis zum letzten Schichttage, insgesamt sieben Tage, nicht zur Arbeit erschienen ist, ergibt sich bei einem Schichtlohn von etwa 10 M. ein Lohnausfall von rund 70 M.

Im Ruhrgebiet ist alles zur Arbeit erschienen

WZ. Essen, 12. Jan. (Tel.) Soweit bisher festgestellt werden konnte, hat sich der auf der gestrigen Konferenz der Kommunisten in Duisburg gefaßte neue Streikbeschluss nicht auswirken können, da die Bergarbeiter zur Arbeit erschienen sind. Die Schichtverteilung im Ruhrgebiet vollzählig eingefahren ist.

Letzte Nachrichten

Beginn der Reichstagsarbeiten

Morgen Zusammentritt des Haushaltsausschusses

WZ. Berlin, 12. Jan. (Tel.) Im Reichstag wurden am heutigen Montag die parlamentarischen Arbeiten, zunächst mit Fraktionsitzungen, wieder aufgenommen. Am Dienstagmittag beginnen dann die Verhandlungen des Haushaltsausschusses, und zwar wird zunächst eine kleinere Vortage, die die Erstattung auf Kriegswohlfahrtsauslagen an die Länder und Gemeinden betrifft, beraten.

Die Beratung des Haushalts wird am Mittwoch in Angriff genommen. Im Ausschuss wird zunächst eine allgemeine Aussprache über den gesamten Haushalt stattfinden. Danach schließt sich dann die Beratung der einzelnen Etats, von denen zuerst die des Reichspräsidenten und des Reichszentralers zur Beratung kommen. Als erster größerer Etat wird der des Wirtschaftsministeriums beraten.

Ferner nimmt in dieser Woche der Untersuchungsausschuss für die Roggenfäule seine Arbeiten auf.

Am Montag nächster Woche tritt das Wahlprüfungsgericht zu einer Sitzung zusammen, um die Nachprüfung der Septemberwahlen zu beginnen. Die Verhandlungen sind diesmal infolge von besonderem Interesse, als das Wahlprüfungsgericht am Schluß seiner Beratungen über die Gültigkeit der vier konservativen Mandate, die bekanntlich mit Hilfe der Reichsliste des Landvolks zustande gekommen sind, zu befinden haben wird. Am Dienstag nächster Woche nimmt der neue Strafrechtsausschuss seine Arbeiten auf.

Amerika und die Reparationen

Die größte Bank Amerikas für Schuldenerhöhung

WZ. New York, 12. Jan. (Tel.) Im Jahresbericht der Chase Nationalbank, der größten Bank der Welt, gibt Albert S. Wiggins, eine aufsehenerregende Erklärung über die Reduzierung der interalliierten Schulden ab, über die amerikanische Politik und die amerikanische Wirtschaft ab.

Wie Wiggins ausführt, wird die Frage der Streichung oder Herabsetzung der interalliierten Schulden in steigendem Maße in der Welt erörtert, und die Wichtigkeit dieses Problems übertrifft bei weitem die Bedeutung der Dollarbeiträge dieser Schulden. Ohne auf die vielen Gründe und Gegengründe auf beiden Seiten, oder auf die Frage der Gerechtigkeit der Schuldentilgung einzugehen, so erklärt er ausdrücklich, bin ich fest davon überzeugt, daß es ein gutes Geschäft für unsere Regierung wäre, den jetzigen Zeitpunkt für eine Herabsetzung dieser Schulden auszunutzen. Unter den ungünstigen Faktoren ist der gefährlichste das Unvermögen der fremden Länder, sich genügend Dollarbeiträge zu beschaffen, um uns sowohl ihre Schulden zurückzahlen als auch in ausreichendem Maße unsere Ausfuhr bezahlen zu können.

Wir stehen heute vor der Wahl, entweder unsere geschrumpfte Ausfuhr herabzusetzen oder unsere stark zusammengeschrumpfte Ausfuhr wiederum aufzubauen. Wiggins erklärte weiter, daß nach seiner Ansicht der Tiefstand der Depression erreicht sei und die nächste größere Bewegung zu einer Belebung führen werde. „Ich erwarte, daß die Wirtschaftslage 1931 erheblich besser als zu Ende 1930 sein wird.“ Zur Lohnfrage erklärte er, es sei unrichtig, daß hohe Löhne geeignet seien, eine günstige Konjunktur herbeizuführen, vielmehr können umgekehrt eine günstige Konjunktur die Senkung des Lohnniveaus begründen. Würden die Löhne höher gehalten, als es die Wirtschaftslage rechtfertige, ginge der Beschäftigungsstand und die Kaufkraft der Arbeiter Amerikas zurück.

Ein Zwischenlösungsprojekt zur Abrüstungsfrage

Vorerst Stabilisierung der Rüstungen?

WZ. London, 12. Jan. (Tel.) Der Senker Korrespondent des „Daily Herald“ meldet: Man spricht hier davon, daß eine Gruppe kleiner Mächte unter Umständen einen Vorschlag zugunsten eines europäischen „Gentlemen Agreement“ vorbringen wird, das eine Stabilisierung der Rüstungen bis nach Beendigung der großen Abrüstungskonferenz herbeiführen soll. — Dem Gedanken wird hier große Beachtung geschenkt, befürchtet man doch, daß viele Staaten bis zum Zusammentritt der 2. Konferenz ihre Rüstungen in aller Eile wesentlich steigern werden, um bei den Verhandlungen wichtigere Vorteile zu gewinnen.

Konflikt bei der Reichsbahn in Sachsen

WZ. Dresden, 12. Jan. (Tel.) Der Streit zwischen der Reichsbahndirektion Dresden und den Eisenbahnarbeitern wegen der beschlossenen Einführung von Feiertagen hat sich in bedrohlicher Weise verschärft. Die Arbeiter hatten unter dem ausdrücklichen Vorbehalt ihrer Rechte aus dem Einzelarbeitsvertrag sich den Maßnahmen der Verwaltung gefügt. Dies hat die Reichsbahn aber nicht als Zustimmung angesehen und infolgedessen in Sachsen über 10 000 Arbeiter gekündigt. Die Kündigungstermin läuft am 16. Januar ab. Gestern tagte eine vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands einberufene Bezirkskonferenz, welche die Ortsgruppen aufforderte, unverzüglich alle Vorbereitungen zur Aufnahme des Arbeitskampfes, der alle Eisenbahnarbeiter Sachsens umfassen würde, zu treffen.

Der Ausländerverkehr in Baden

(Juni bis August 1930)

Nach Feststellungen des Statistischen Landesamts.

Die badischen Fremdenverkehrsorte waren in den drei Hauptreisezeiten Juni, Juli und August in erfreulich starkem Umfang das Ziel von Ausländern, wenn hierdurch auch der mancherorts zu beobachtende erhebliche Rückgang des Inländerbesuchs vielfach nicht oder doch nur ungenügend wettgemacht werden konnte.

Von den einzelnen Herkunftsländern war der Besuch am stärksten aus den Ländern englischer Zunge. In vorderster Reihe stehen die Vereinigten Staaten von Amerika, woher 34 075 Personen in den zur Untersuchung ausgewählten 60 Fremdenplätzen als angekommen gemeldet worden sind. Das ist nahezu ein Drittel sämtlicher der erfassten Auslandsfremden (108 021). Allerdings darf nicht unbeachtet gelassen werden, daß gerade die Amerikaner sich meist zu keinem Daueraufenthalt entschlossen, sondern in der Absicht, in kurzer Zeit möglichst viel zu sehen, häufig Ortswechsel vornahmen und deshalb in zahlreichen Fremdenplätzen mehrfach gemeldet erschienen. Ganz besonders zog es die Amerikaner nach Heidelberg, das mit 19 235 Personen weit über die Hälfte aller amerikanischen Besucher Badens auf sich ziehen konnte. In weiterer Reihenfolge kommen Baden-Baden (5635), Freiburg (2485), Mannheim (2190), Konstanz (1145), Karlsruhe (991) und Triberg (591). In zweiter Stelle stand der Auslandsbesuch aus England, der mit 19 229 gemeldeten Fremden etwas mehr als die Hälfte des Amerikanerverkehrs brachte. Unter den von Engländern vorzugsweise aufgesuchten Fremdenplätzen ragt wiederum Heidelberg mit 7791 englischen Besuchern hervor; es folgt Freiburg (3536), Baden-Baden (2141), Triberg (971), Titisee (612), Konstanz (606) und Karlsruhe (558). Der dritthöchste Ausländerverkehr kam von Holland. Auch hier war Heidelberg mit 4625 gemeldeten Holländern deren begehrtestes Ziel. Die weitere Reihenfolge ist Baden-Baden (2833), Freiburg (1922), Triberg (1186), Titisee (975), Karlsruhe (848), Mannheim (637) und Konstanz (613). Von der benachbarten Schweiz, im Ausländerverkehr der Stärke nach mit 11 641 Besuchern an 4. Stelle stehend, nahm Freiburg die größte Fremdenzahl auf (1859); es folgen Konstanz (1679), Heidelberg (1572), Baden-Baden (918), Titisee (631), Mannheim (553) und Badenweiler (552). Von Österreichern, von denen insgesamt 6294 als angekommene Fremde festgestellt wurden, war Konstanz am meisten besucht (1368); die beliebtesten Aufenthaltsorte dieser waren ferner Freiburg (991), Heidelberg (970), Karlsruhe (924), Mannheim (830), Singen (206) und Baden-Baden (203). Die Franzosen mit einer Gesamtzahl von 4828 Anmeldungen suchten vornehmlich Baden-Baden auf (1010); die weiterhin bevorzugten Plätze sind Freiburg (780), Heidelberg (663), Konstanz (569), Mannheim (302), Karlsruhe (205), Titisee (154) und Forzheim (151). Vom übrigen Ausland (nordische Länder, Belgien, Polen, Rußland, Ungarn, Italien, Japan usw. usw.), wurden im ganzen 15 698 angekommene Fremde festgestellt. Hieron gingen die meisten nach Heidelberg (4732); Freiburg sah 1886, Baden-Baden 1715 Angehörige sonstiger Länder. Eine größere, ziemlich bunt zusammengesetzte internationale Besucherschaft fand sich außerdem noch in Mannheim, Karlsruhe (Heimattag), Konstanz, Forzheim, Titisee und Triberg ein.

Im ganzen genommen hatte Heidelberg die weitaus größte Zahl von Ausländern; insgesamt konnte es 39 588 ausländische Besucher verzeichnen; in weitem Abstand folgt Baden-Baden (14 455), Freiburg (13 459), Konstanz (7214), Mannheim (6286), Karlsruhe (5583), Triberg (3420) und Titisee (3115).

Im Verhältnis zum Gesamtverkehr hatte Baden-Baden den höchsten Prozentsatz ausländischer Besucher mit 39,8 Proz. aufzuweisen. An 2. Stelle steht Titisee mit 35,9 Proz., an 3. Heidelberg (32,2 Proz.), es folgen Todtnau (32,0 Proz.), Triberg (31,2 Proz.), Badenweiler (23,7 Proz.), Freiburg (23,6 Proz.), St. Blasien (21,2 Proz.), Schönau i. Schw. (19,4 Proz.), Todtnöos (17,8 Proz.) und Forzheim (15,8 Proz.).

Nähere interessante Zahlenangaben über den Ausländerverkehr an den größeren Fremdenverkehrsplätzen Ba-

dens auf Grund der vom Statistischen Landesamt geführten amtlichen Statistik sind vom Badischen Verkehrsverband in der Zeitschrift „Badenland-Schwarzwald“ veröffentlicht.
Dr. Seyer.

Die Klarekunterziehung abgeschlossen Angelaubliche Wirtschaft in Berlin

Die Untersuchung gegen die Brüder Klarek ist nach zweijähriger Dauer in Berlin abgeschlossen. Die Anlagenschrift umfasst 1500 Seiten.

Angelagt sind die Kaufleute Leo, Willi und Max Klarek, der Buchhalter Lehmann und der Büroangestellte Tsch, die beide bei den Klareks tätig waren, Stadtrat Gaebel, Stadtrat Degener, Stadtrat Benedek, Bürgermeister Schneider vom Bezirk Berlin-Mitte, Bürgermeister Kohl vom Bezirk Berlin-Nord, Stadtbauinspektor Schmitt, Stadtbauinspektor Hoffmann und Rentier Ludwig, der Prüfer beim Kreditausschuss der Stadtbank gewesen ist. Vorgeworfen wird den Angeklagten aktive und passive Bestechung, Betrug, Urkundenfälschung, Unterschlagung, bei einzelnen Angeklagten auch Beihilfe zu diesen Vergehen.

Die Kaufleute Leo, Willi und Max Klarek haben die Stadt Berlin im Geschäftsverkehr mit der Stadtbank und mit den einzelnen Bezirksämtern um insgesamt 15 Millionen Reichsmark betrogen. Sie haben die vorgeschriebenen Rechnungsformulare der einzelnen Bezirksämter der Stadt vorgelegt, aber darin fingierte Bestellungen in geradezu phantastischer Höhe angegeben. Die Stadtbank hat diese Rechnungen bereinigt. Das war nur infolge eines fehlerhaften Kontrollsystems möglich und durch eine ungläubliche Kontrollmangelhaftigkeit. Die Stadtbank hat diese Rechnungen bereinigt, ohne daß jemals auch nur die geringste Prüfung über ihre Rechtmäßigkeit erfolgte. Man wird kaum vor Ende des Jahres in die öffentliche Verhandlung eintreten können.

Kurze Nachrichten

v. Nolte Nachfolger Kaufmanns? Als Nachfolger des kürzlich verstorbenen Warschauer Gesandten Kaufmann ist, wie die „Post“ erfährt, der jetzige Dirigent der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, vortragender Legationsrat von Nolte, in Aussicht genommen. Als sein Nachfolger in der Ostabteilung wird der jetzige Generalkonsul in Leningrad, Erich Bechlin, genannt.

Die „Arbeiterzeitung“ auch in Württemberg und in der Pfalz verboten. Nachdem der badische Innenminister, wie gemeldet, die Mannheimer kommunistische „Arbeiterzeitung“ vom 9. bis 22. Januar verboten hat, ist das Verbot auch von der württembergischen Regierung ausgesprochen worden, und außerdem erstreckt es sich auch auf die pfälzische Ausgabe der „Arbeiterzeitung“.

Martin Sothaczewski †. Einer der ältesten Berliner Journalisten, der Seniorchef der B.-S.-Korrespondenz, Martin Sothaczewski, ist am Sonntagvormittag im Alter von 78 Jahren einem Herzschlag erlegen. Martin Sothaczewski, der im Jahre 1865 in Breslau geboren ist, kam 1884 nach Berlin und gründete 1886 die B.-S.-Korrespondenz, die er bis zum heutigen Tage leitete.

Zwangsvorführung Dr. Goebels beschlossen. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Goebels war, wie erinnerlich, in den letzten Monaten wiederholt auf Grund seiner Immunität zu den gegen ihn schwebenden Verleumdungsprozessen nicht erschienen. Nunmehr hat die zweite Strafkammer des Landgerichts Berlin III als Beschwerdeinstanz beschlossen, daß Dr. Goebels in einem Verfahren, in dem der Kriminalkommissar Busdorf als Nebenkläger auftritt, zu dem neuen Termin ohne Rücksicht auf seine Abgeordneteneigenschaft vorzuführen ist, weil es sich um ein altes Verfahren handelt.

Sturmjahren im Wohlfahrtsamt. Beim Stettiner Wohlfahrtsamt kam es heute, Montag Vormittag, zu Ausschreitungen, die die Einsetzung von starken Polizeitruppen erforderlich machten. Auf der Straße kam es zu weiteren Störungen.

„1914“ von der Filmprüfstelle zugelassen. Der Richard-Dawald-Film „1914“ ist nach einer erneuten Prüfung von der Berliner Filmprüfstelle auch für Jugendliche zugelassen worden.

Badisches Landestheater

Elisabeth von England

Schauspiel von Ferdinand Bruckner.
In Szene gesetzt von Felix Baumbach.

Das Landestheater hatte mit der Aufführung von Bruckners „Elisabeth von England“ einen unbestreitbaren großen Theatererfolg, der, wie die dritte Vorstellung erwies, auch ein Kassenerfolg ist. Verschiedene Faktoren sind daran beteiligt.

Zunächst der Verfasser. Ich vermeide mit Absicht die Bezeichnung Dichter. Denn Ferdinand Bruckner ist kein Dichter. Theodor Tagger, der unter dem Pseudonym Bruckner seine Dramen veröffentlicht, ist ein kluger, hellhöriger Theaterfachmann, dem als solchem eine langjährige Erfahrung der Bühnenverhältnisse und -wirksamkeiten zur Verfügung steht, der gewohnt ist, die durch Zeitmode und -bedürfnis bestimmten Wünschen des Publikums abzuhorchen, der die geistigen Zeitströmungen und -interessen beobachtet, aufsaugt und mit Journalistischer Präzision in gangbare Münze zu prägen versteht. Nachdem die letztjährige Spielzeit uns in seiner „Kantheit der Jugend“ ein Beispiel des realistischen Theaters gebracht hat, scheint er sich in „Elisabeth von England“ zu dem ersehnten Ideendrama bekennen zu wollen. Aber bald beobachten wir, daß es ihm hier ebensoviele wie dort um dramatische Gestaltung von Ideenkampf und dessen Lösung zu tun ist. Der oberflächliche erste Eindruck vermag darüber zu täuschen. Es scheint hier um die Auseinandersetzung von Katholizismus und Protestantismus, Jenseitsglaube und Diesseitsglaube, Imperialismus und Nationalismus, Irrationalismus und Rationalismus, Supernaturalismus und Empirismus zu gehen, welche polaren Gegensätze in König Philipp von Spanien und in Königin Elisabeth von England Gestalt gewinnen. Aber tatsächlich erleben wir nur das Nebeneinander der Gegensätze, nicht ihren Kampf. Der Theaterpraktiker Tagger aber weiß vorzüglich darüber hinwegzutäuschen, indem er zum Mittel der Simultanbühne greift, wobei der Kriegsrat der beiden Herrscher, die beiden Kriegsbittgottesdienste, das beiderseitige persönliche Ende jeweils gleichzeitig auf der Bühne dargestellt werden. Dieser Filmeinfall Taggers bringt seinem Werke den Erfolg, denn die Gleichzeitigkeit sieht und hört man sich an, wie unmitttelbare Auseinandersetzung und läßt wenigstens in den simultanen Gottesdiensten deutlicher, als es alle Worte des Autors vermöchten, den Zu-

Der Reichskanzler in Schlessien

Abschluß der Ostreise

Der Reichskanzler hat am Samstag, wie gemeldet, nach dem Besuch Oberschlesiens als erste niederschlesische Stadt Reife besucht. Von dort ging die Reise nach Glatz, und dann ins Waldenburger Kohlenrevier. Abends traf der Kanzler in Breslau ein, wo es zu schweren Ausschreitungen bei kommunistischen Kundgebungen kam. 17 Personen mußten festgenommen werden. Von Breslau aus fand am Sonntag die Reise mit dem Besuch der niederschlesischen Grenzgebiete ihren Abschluß. Abends gegen 11 Uhr, reiste der Kanzler nach Berlin zurück.

Eine Rede des Kanzlers in Breslau

Beim Besuch auf dem Breslauer Rathaus führte Reichskanzler Dr. Brüning u. a. aus: Auf der Fahrt durch das Grenzgebiet des deutschen Ostens ist unsere Reise unter dauernden Beratungen und Besprechungen zu der Metropole des deutschen Ostens gekommen. Die Notlage Breslaus kenne ich seit vielen Jahren. Erste Voraussetzung, um dem deutschen Osten, um auch Breslau zu helfen, ist die Notwendigkeit, die Finanzen des Reiches und der Länder und die deutsche Wirtschaft zu sanieren. Wenn man uns hier auf der Straße von seiten der hungernden Erwerbslosen zurufe macht, so habe ich dafür an sich vollkommenes Verständnis. Es ist nicht möglich, heute allen Volksgenossen, selbst maßgebenden Führern, klar zu machen, in welche Situation das Deutsche Reich, die deutschen Länder und auch die deutschen Kommunen in Wirklichkeit durch die veränderten Verhältnisse nach dem Kriege durch die Inflation und dann aber auch durch eigene Schuld hineingeraten sind. Wir müssen einsehen, daß wir einen Ausweg vornehmen müssen, eine Umstellung im schnellsten Tempo, wenn wir unsere deutsche Wirtschaft retten wollen.

Bei einem Empfang im Breslauer Oberpräsidium entwickelte Reichsbankpräsident Dr. Luther ein außerordentlich anschauliches Bild von den Nahrungs- und finanzpolitischen Problemen und schloß, daß, wenn man die Leistungen des deutschen Volkes betrachte, nicht wisse, zu wem man Vertrauen haben soll, wenn nicht dieses Volk zu sich selbst Vertrauen habe. Anschließend gab Reichskanzler Dr. Brüning nochmals eine zusammenfassende Darstellung von den Zielen und den Grundgedanken des Osthilfeplanes und nahm zum Schluß in eindringlichen Worten gegen die Agitation gewisser Kreise Stellung. Die Regierung werde mit allen Mitteln gegen die wirklichen Saboteure der Osthilfe vorgehen.

Keine Auflösung der Reichsbannergruppe Gera

W.B. Berlin, 12. Jan. (Tel.) Die Reichsregierung sieht nach eingehender Prüfung den Teilbestand des Reichsgesetzes vom 22. März 1921 zur Durchführung der Artikel 177, 178 des Versailler Vertrages durch die Beibehaltung der Ortsgruppe Gera des Reichsbanners nicht als erfüllt an, und hat sich daher nicht entschließen können, dem thüringischen Ministerium des Innern ihre Zustimmung zur Auflösung dieser Ortsgruppe zu erteilen.

Aus der heftigen Staatspartei sind der Landtagsabgeordnete Reiber und der bisherige Landesvorsitzende, Weidgenrat Dr. Koch, Worms, ausgetreten. Zwei andere Mitglieder der Demokratischen Partei in Hessen, nämlich der bekante heftige Minister Pfarrer Koroll und der Abgeordnete Donath, sind bisher der Staatspartei überhaupt nicht beigetreten. Nunmehr gehören nur noch zwei Mitglieder im Landtag der Staatspartei an. Es wurde eine „Demokratische Vereinigung in Hessen“ gegründet. Eine Reihe von Persönlichkeiten, die in der seitherigen Demokratischen Partei Hessens eine führende Rolle gespielt hat, hat ihren Beitritt erklärt. Landtagsabgeordneter Reiber hat dem heftigen Landtagspräsidenten Delp mitgeteilt, daß die seitherige Demokratische Landtagsfraktion von jetzt an den Namen Demokratisch-Staatsparteiliche Arbeitsgemeinschaft führen wird.

In dem Lohnstreit der thüringischen Metallindustrie hat der Reichsarbeitsminister den Schiedsspruch vom 18. Dez. 1930, der eine Senkung der Löhne um 6 Prozent vorsieht, für verbindlich erklärt.

schauer und -hörer die Problematik nationell-konfessionellen Gottesglaubens im Kriege erleben. Man darf auch ruhig zugestehen, daß die dichterische Ungenauigkeit durch diese bühnentechnische Wirkungsmöglichkeit ausgeglichen ist und daß sogar hier Wege angezeigt sind, die für das Drama, das lehrerding nicht gleich Mythos, reine Dichtung ist, sondern erst auf der Bühne seine endgültige Gestalt und Form findet, fruchtbarere Entwicklungsmöglichkeit bedeuten kann, wenn von diesem Mittel auch immer nur sehr vorsichtig Gebrauch gemacht werden darf.

Schon bei Bruckner-Tagger büßt es seine Wirkung ein und führt gelegentlich zur Störung der Einheitsspannung. Er war ja auch klug genug, sich dieses Mittels nur zum Schluß zu bedienen und damit seinem Werke gerade im zweiten Teile zu erhöhtem Interesse zu verhelfen. Im ersten Teile sieht er davon ab und läßt auch gar nicht die polare Ideengegenständigkeit zum Hauptinteresse werden, sondern die Charakterisierung der Königin Elisabeth als alternder Liebhaberin, die erfahren muß, daß die Geschlechterliebe an dem Generationsunterschied scheitert, sobald der geliebte junge Esz die Enthüllung ihres Altersgeheimnisses mit der Anrede „Mütterchen“ quittiert. Dieser erste Teil läßt wesentlich kälter als der zweite, und wenn auch der kluge Verfasser versucht, schon hier Fäden zu spinnen, die den weltpolitischen Gegensatz von England und Spanien zu einem menschlichen, in Liebe und Haß, Anziehung und Abstoßung beruhenden von Elisabeth und Philipp gestalten möchten, so kommt dieser tiefenpsychologische Gegensatz doch nicht aus der Sphäre der Dialektik heraus, er wird nicht erlebt. Der kluge Verfasser will zu viel und schwächt dadurch die Wirkungskraft seines Dramas, das im ersten Teil als Bühnendarstellung eines Romans und im zweiten Teil nur durch jenen geistreichen Einfall szenischer Simultanität dramatisch wirkt.

Die von Felix Baumbach geleitete Aufführung blieb dem Werke nichts schuldig. Unser Oberspielleiter hat sie sichtlich mit dem ganzen Interesse, das er als Theaterfachmann einem solchen mehr aus dem Gespö des Theaters als aus dem der Poesie geborenen Werke entgegenbringen muß, vorbereitet und damit wiederum seine eminenten Bühnengabe und -erfahrung unter Beweis gestellt. Der Erfolg des Werkes ist zweifellos auch ein Erfolg seiner Inszenierungskunst, wobei ihn Torsten Pecht mit den Bühnenbildern der horizontal und vertikal zwei- und dreieckigen Bühne aufs wirkungsvollste unterstützte. Es ist immer wieder erfreulich zu beobachten, wie gut beide Künstler zusammenarbeiten. Auch Margarete

Die polnische Außenpolitik Eine programmatische Rede Jaleski

Im Auswärtigen Ausschuss des polnischen Sejms hielt am Samstag Außenminister Jaleski seine angelegentlichste Rede über die polnische auswärtige Politik, in der er sich vornehmlich mit den Fragen der Abrüstung und der deutsch-polnischen Beziehungen auseinandersetzte.

Die polnische Regierung habe beschlossen, den deutsch-polnischen Handelsvertrag dem Sejm zur Ratifizierung vorzulegen. Für die Nichterneuerung des deutsch-polnischen Holzabkommens treffe Polen keine Verantwortung. Polen werde alle weitgehenden Abrüstungsvorschläge ablehnen müssen, die geeignet seien, seine nationale Sicherheit zu schwächen. In Abereinstimmung mit seinen internationalen Verpflichtungen in der Winderheitenfrage wünsche Polen, den internationalen Winderheiten seines Landes volle Bewegungsfreiheit auf nationalem, religiösem und kulturellem Gebiet zu sichern. Das polnische Volk müsse peinlich berührt werden durch das wiederholte Auftreten Deutschlands, das sich gegen alles rechte, was polnisch sei, Polen habe oft Geduld und Gleichmut bewiesen; aber man dürfe nicht vergessen, daß, wenn man auf einer Seite hebe, man von der anderen keine Liebe fordern könne. Polen werde in seinen Bemühungen zur Erleichterung der Beziehungen mit seinen westlichen Nachbarn fortfahren.

Der Feldzug Kantings gegen die „Roten“

W.B. London, 12. Jan. (Tel.) „Times“ meldet aus Hankau: Der Feldzug gegen die „Roten“ scheint weniger erfolgreich zu sein, als erwartet wurde. Die Lage in Hankau ist unbefriedigend, da unter den Truppen wegen Nichtauszahlung der Besoldung Unruhe herrscht. Es wird gemeldet, daß Truppen, die dem Jangtse entlang stromabwärts gesandt wurden, um die „Roten“ anzugreifen, Städte geplündert und die Einwohner mißhandelt hätten. Etwa 80 Kilometer südlich von Hankau ist eine Brigade Regierungstruppen von Kommunisten umzingelt worden. In der Provinz Kiangsi soll sich eine Division Schangsi-Truppen den Kommunisten ergeben haben. Dampfer werden nach wie vor beschossen.

Die Greuel des Bürgerkrieges in China. Die Zentralregierung hat dem Kommandanten von Lanchow befohlen, dem Bürgerkrieg in der Provinz Kanu ein Ende zu setzen, nötigenfalls durch eine Strafexpedition. Nach glaubwürdigen Angaben sind im vergangenen Jahre in der Provinz 250 000 Menschen durch reguläre Truppen und Räuber getötet worden.

Blutige Kämpfe in Bombay

W.B. Bombay, 11. Jan. (Neuer-Tel.) Bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Anhängern des Allindischen Kongresses, die eine Demonstration veranstalten wollten, kam es zu heftigen Zusammenstößen. 20 Ader wurden verletzt und 20 verhaftet.

W.B. Poona, 12. Jan. (Tel.) Vier Personen, die wegen Beteiligung an der Ermordung von Polizeibeamten bei den Unruhen in Scholapur im Mai 1930 zum Tode verurteilt waren, wurden hingerichtet.

Nathan Straus †. In New York starb der Finanzmann und Philanthrop Nathan Straus.

Die polnische Korridorbahn. Nach einer halbamtlichen Warschauer Mitteilung soll der Abschluß einer französischen Anleihe mit der Firma Schneider-Creusot im Betrage von ungefähr 165 Millionen Reichsmark zur Vollenbung der Kohlenbahn Oberschlesien nach dem polnischen Hafen Gdingen bevorstehen. Die Bahn soll auf die Dauer von 45 Jahren an die genannte französische Gesellschaft verpachtet werden.

Die chinesische Währung. Aus Schanghai wird dem „Times“ gemeldet: Das andauernde Sinken des Geldwertes verursacht große Unruhe, namentlich in Kreisen der Importeure. Es besteht das Gefühl, daß der ausländische Markt im Fernen Osten, besonders in China, zusammenbrechen würde, wenn die am Handel mit dem Fernen Osten interessierten Regierungen nicht die nötigen Maßnahmen ergreifen, um die Währung zu stabilisieren.

Bei Hiroshima, in der japanischen Provinz Kochi, ereignete sich heute, Montag früh, ein Eisenbahnunglück, bei dem 5 Personen den Tod fanden und 70 bis 80 verletzt wurden. Das Unglück ist dadurch entstanden, daß die Lokomotive und 3 Wagen eines nach Tokio fahrenden Personenzuges beim Passieren einer Brücke entgleisten und in den Fluß stürzten.

Schellenberg bot wirksame Hilfe durch den Entwurf der faschenprächtigen und wohlbedachten Kostüme.

Als dritter Faktor endlich zur Herbeiführung des großen Theatererfolgs ist die Einzeldarstellung hervorzuheben. Hier war es vor allem die große ausgereifte Künstlerkraft von Melanie Ermarth, die unvergeßlichen Eindruck hinterließ. Höchste Bewunderung verdient, wie die Künstlerin bei spärlicher Gestalt ihre reich nuancierte Rolle jeden Augenblick zu überzeugender Gestaltung zu bringen wußte. Man bedauerte nur, daß man in letzter Zeit ihre meisterhafte Kunst nicht öfters genießen kann.

Ihren Gegenspieler, Philipp von Spanien, gab Stefan Dahlen in gewohnter geschlossener Einseitigkeit der Auffassung. Vielleicht wäre eine Gesamtwirkung noch stärker gewesen, wenn sein Philipp nicht von vornherein allzu häufig gewesen wäre, wodurch die Schlußsteigerung durch das Scheitern seiner Armada und damit die Verzweiflung des Göttestämpfers an Möglichkeiten einbüßen mußte.

Neben diesen Hauptdarstellern waren aber auch die an Bedeutung abgetreten Nebenrollen gut repräsentiert. Der kluge Cecil entsprach durchaus der Darstellungsweise Ulrich von der Trenck. Paul Dietl wußte der Gestalt des zwei- oder vierteiligen Bacon Chorater zu verleihen, so daß er doch nicht nur als ehrgeiziger eiler Schwäger wirkte. Erfreulich war, daß auch Gerhard Just als Esz zu befriedigen wußte, und selbst Wilhelm Graf als junger, stürmischer Plantagenet dem Gesamtspiel sich gut einfügte.

Ohne weitere Einzelnamen zu nennen, genüge die Feststellung, daß die Aufführung von Bruckners „Elisabeth von England“ in Gesamt- wie Einzelwirkung schlechthin vorbildlich ist und allen Beteiligten unseres Landesbühnen zum Ruhme gereicht. Eine so wohlberbeitete Aufführung verdient eine ganze Reihe gut besuchter Wiederholungen.

Prof. Dr. Karl Goll

Austritt Kolbenheyers aus der Dichtervereinigung. Nachdem erst kürzlich Hermann Hesse aus der preussischen Akademie der Künste in Berlin, Sektion Dichtkunst, ausgeschieden ist, hat nunmehr, wie das „V. L.“ berichtet, auch Erwin Kolbenheyer in einem Schreiben an die Dichtervereinigung seinen Austritt erklärt. Aber die Gründe, die Kolbenheyer zum Austritt bewogen haben, ist noch nichts Genaues bekannt geworden, doch soll eine Gruppe meist auswärtiger Mitglieder nicht damit einverstanden sein, daß die Sektion im wesentlichen von Berlin aus dirigiert wird.

Verlängerung der Fristen in der Krisenfürsorge Eine Hilfe für die Gemeinden

Der Reichsarbeitsminister hat sich damit einverstanden erklärt, daß für Arbeitslose, die sich am 3. November 1930 in der Krisenfürsorge befanden, die frühere Höchstbegrenzung von 39 auf 52 Wochen bis zum 28. März 1931 weiter gilt. Auf diesen Zeitpunkt sind die für den 17. und 24. Januar 1931 vorgesehenen Ablauffristen verschoben worden.

Die starke Belastung der Gemeinden mit Wohlfahrtslasten hat zu den bekannten Maßnahmen in der Notverordnung geführt, die den Gemeinden gestatten, auf dem Wege allgemeiner Besteuerung der Bürgerschaft den dringenden Bedarf für die Erwerbslosen zu decken. Daneben werden die Gemeinden das ihre zu tun haben, um durch äußerste Sparsamkeit ihren Haushalt aufrechtzuerhalten und durchzuführen. Um ihnen hierbei Hilfe zu leisten, soweit dies mit den verfügbaren Mitteln vereinbar ist, hat sich der Reichsfinanzminister gemeinsam mit dem Reichsarbeitsminister entschlossen, für Arbeitslose, die am 3. November 1930, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der letzten Neuregelung der Krisenfürsorge, bereits ausgerechnet werden sollten, die früheren längeren Fürsorgefristen von 39 oder 52 Wochen bis zum 28. März 1931 weiter gelten zu lassen. Inwieweit sich also die Ablauffristen, die für den 17. und 24. Januar 1931 vorgesehen waren, mit der Wirkung verschoben werden, daß dadurch den Gemeinden ein Teil der ihnen sonst jetzt schon auflastenden Fürsorgekosten noch abgenommen bleibt.

Kältekatastrophen in China

W. D. Schanghai, 11. Jan. (Tel.). (Neuer.) Über fast ganz China ist ein derartig tiefer Winter hereingebrochen, wie er seit Menschengedenken nicht zu verzeichnen war, und der unter der ärmeren Bevölkerung bereits Hunderte von Toten gefordert hat.

In Chabin sank das Thermometer auf 48 Grad unter Null. Sämtliche Flüsse der Mandchurie sind eingefroren und viele Personen sind der grimmigen Kälte zum Opfer gefallen. Auch aus Kalgan und anderen Städten in Nordwestchina werden zahlreiche Tote infolge der Kälte gemeldet. Auch Peking wurde von einem schweren Schneesturm heimgesucht. In Tientsin bezeichnet man bis jetzt mehr als 80 Todesopfer. Der Peking-Fluß ist während einer Nacht zugefroren und hat den Straßenverkehr von Tientsin völlig lahmgelegt, wo über 20 Kistenfahrer im Eise eingefroren liegen. In Kiating, wo das Thermometer minus 25 Grad Celsius zeigt, ist die Zahl der Todesopfer geringer. Auch Mittelchina wurde von einem Schneesturm heimgesucht, der so gut wie sämtliche Verkehrsverbindungen unterbrach.

Die deutsche Fliegerin Ely Weinhorn ist am Samstagmorgen nach vierstündigem Flug von Barcelona kommend, in Madrid gelandet. Sie will am heutigen Montag nach Sevilla fliegen.

Das italienische Flugzeuggeschwader befindet sich in Port Natal (Brasilien) aus auf dem Wege nach Rio de Janeiro. Über Bahia zogen die Flieger unter begeisterten Zurufen der Bevölkerung mehrere Schleifen. Eines der italienischen Südamerikaflugzeuge ist beim Startversuch bei Fernando de Noronha untergegangen. Die Mannschaft ist gerettet.

Das amerikanische Ozeanflugzeug „Leadwind“ ist am Samstag von den Bermudas in Richtung der Azoren weitergefliegen. Man hat von dem Flugzeug auf den Azoren keine Nachricht, das dort seit vielen Stunden überfällig ist.

Kleine Chronik

In Berlin hat Reichsfinanzminister Dietrich einen Autounfall erlitten, als er mit seiner Gattin zur Wohnung des Staatssekretärs Schäffer fuhr. Das Auto stieß mit einer Kraftwelle zusammen. Die Scheiben des vorderen wurden zertrümmert, doch blieben der Minister und seine Gattin unverletzt.

Der am 8. Januar, nach elf Uhr nachts, in Stuttgart im Hause Klotzstraße 40 auf die Tischdame Bentele verübte Raubmordversuch ist aufgeklärt. Als Täter wurde der lebige Kaufmann und frühere Studierende der Handelshochschule in Frankfurt a. M., Karl Dehner, geboren am 4. September 1907 zu Mottenburg, festgenommen. Am Tage des Raubmordversuchs war Dehner von einer Thüringer Firma wegen Unterschlagung in Höhe von 400 M fristlos entlassen worden.

Am späten Abend des Sonntags ereignete sich in Stuttgart ein schwerer Straßenbahnunfall. Ein führerlos gewordener Wagen fuhr mit großer Geschwindigkeit die abfallende Kogelstraße zur Schloßstraße hinab und stieß auf einen belebten stadtseitwärts fahrenden Motorwagen der Linie 20 mit solcher Wucht auf, daß der ganze hintere Wagen teil eingebrochen wurde. Ein Kontrollleur erlitt tödliche Verletzungen. Von den Fahrgästen wurden drei leichter verletzt.

In einem etwa 50 Meter langen Holzschuppen der Fabrik Mevler & Co., in Mühlheim brach heute, Montag früh, ein Feuer aus, das sich schnell entwickelte und großen Umfang annahm. Die Feuerwehr bekämpfte den Brand mit 15 Schlauchleitungen, zunächst jedoch ohne sichtbaren Erfolg. Der entstandene Schaden dürfte sehr groß sein. Die übrigen Fabrikgebäude sind nicht gefährdet.

Der Bankier Erich Goldschmidt, der frühere Mitinhaber des Berliner Bankgeschäfts Josef Goldschmidt, bin sich in seiner Villa im Grunewald durch einen Schuß in die Schläfe getötet. Das Bankgeschäft hatte in der letzten Zeit an Bedeutung verloren.

In Kelpo (Kreis Helmstedt) wurde durch Explosion einer größeren Ladung Sprengstoff auf einem Fenster außerhalb der Gaststube eines Gasthofes einige in der Gaststube anwesende Gäste leicht verletzt und zahlreiche Fenster Scheiben zertrümmert. Man vermutet einen Nachtstifters Erwerbsloser.

In Angermünde begingen der 65 Jahre alte Zigarrenhändler Heinrich Hoesel und seine 62 Jahre alte Ehefrau, sowie seine 39 Jahre alte Tochter und deren 11-jähriges Töchterchen heute nacht in ihrer Wohnung Selbstmord durch Gasvergiftung.

Der Kraftwagenbesitzer Walter Marlowitz wurde unmittelbar vor den Toren der Stadt Königsberg (Ostpreußen) auf dem Viepweg in der Nacht zum Sonntag von unbekannten Tätern erschossen und um etwa 40 M beraubt.

Großes Aufsehen erregte in Katowitz die Verhaftung des Obersten Jelen, der einem Warschauer Regiment angehört und in der Sanajabewegung eine große Rolle spielt. Der Oberst wurde am Samstag in einem Katowitzer Hotel verhaftet, und zwar wegen einer Reihe von Betrugsereignissen und Unterschlagungen, die er sich als Vorsitzender des „Posenen Verbandes der Vaterlandsverteidiger“ zu Schulden kommen ließ.

Bei der Station Guigra im Staate Ecuador wurden 170 Eisenarbeiter durch einen Bergsturz verschüttet. 20 Bergarbeiter konnten gerettet werden. Die Arbeiter hatten den Auftrag, die durch einen früheren Bergsturz verschüttete Bahnstrecke freizulegen.

Badischer Teil

Die Arbeiten am Schluchseewerk

Die Arbeiten am Schluchseewerk, die sich infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse verzögert haben, schreiten, wie aus Häusern bei St. Blasien berichtet wird, rüstig weiter. Die Inbetriebnahme der ersten beiden Maschinenätze im Kraftwerk Häusern wird in Bälde erfolgen. Beim Maschinenatz III wird gegenwärtig die Pumpe montiert und mit der Montage der vierten Pumpe ist nach Neujahr ebenfalls begonnen worden. Die vier schweren Transformatoren von etwa 84 Tonnen sind aufgestellt, so daß die Freiluftanlage ebenfalls vollständig montiert ist. Die Arbeiten an der Schalteranlage werden beschleunigt fortgesetzt. Der Transport der vier großen Transformatoren war überaus schwer, sie mußten mit einem eigens dazu konstruierten Landtransportwagen und zwei Traktoren herangeführt werden. Die Unterwasserarbeiten im Kraftwerk Häusern sind auch bis auf einen kleinen Teil fertig, ebenso sind die Stollenarbeiten beendet, so daß bereits freierwerdende Arbeitskräfte entlassen wurden.

Privatmusiklehrerprüfung

Ende März dieses Jahres findet in Karlsruhe eine staatliche Privatmusiklehrerprüfung nach Maßgabe der Verordnung des Ministers des Kultus und Unterrichts vom 19. April 1928 statt. Meldungen zu dieser Prüfung müssen bis längstens 1. März d. J. unter Beifügung der vorgeschriebenen Nachweise und Zeugnisse an das Ministerium des Kultus und Unterrichts eingereicht werden.

Aus der badischen Industrie

Die Gummiabrik Duthinson in Mannheim hat in diesen Tagen 180 Arbeiterinnen entlassen müssen. Die Belegschaft beträgt noch 900 Köpfe. Die Entlassungen waren saisonbedingt. Es war der Firma seit 1923 möglich gewesen, größeren Arbeiterabzug zu verhindern.

Tarifverhandlungen in der Schwarzwälder Uhrenindustrie. Die Verhandlungen über den Angestelltenarif in der Schwarzwälder Uhrenindustrie werden am 15. Januar 1931 vor der Schlichtungskammer in Rottweil (Württemberg) unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Endrey stattfinden.

Tagungen

Der Badische Lehrerverein hält in der Karwoche vom 30. März bis 1. April in seinem Heim in Freyersbach (Rheinthal) seine ordentliche Vertreterversammlung ab. Neben der Erlebung tagungsgemäßer Arbeiten ist die Bearbeitung der von Deutschen Lehrerverein und von der letzten Vertreterversammlung gestellten Aufgaben in Aussicht genommen: 1. die Einheit der deutschen Bildung, 2. Lehrplanreform.

Aus der Landeshauptstadt

Neuer Krankenhausdirektor. Zum ärztlichen Direktor des Städtischen Krankenhauses in Karlsruhe wurde der Chefarzt der inneren Abteilung, Prof. Dr. Hugo Stark, ernannt. — In der letzten Stadtratssitzung widmete der Oberbürgermeister dem verstorbenen Direktor des Städtischen Krankenhauses, Geheimrat Dr. von Beck, Worte dankbaren und ehrenden Gedankens. Zur bleibenden Erinnerung an den Verstorbenen soll dessen Bronzegrübe im Vestibül des Städtischen Krankenhauses aufgestellt werden.

Die Not der Künstlerkassette. Um die anhaltende Not der freischaffenden Künstlerkassette wenigstens einigermaßen lindern zu helfen, beschloß der Stadtrat Karlsruhe, soweit die noch zur Verfügung stehenden bescheidenen Voranschlagsmittel es gestatten, den Ankauf einiger Werke aus der Weihnachtsausstellung 1930 im Badischen Kunstverein.

Tarifbindung bei der badischen Forstverwaltung. Die badische Staatsforstverwaltung hat das Lohnabkommen mit den Waldarbeitern vom 12. Dezember 1929 zum 31. Januar 1931 gekündigt.

Wieder „Frohe Kindheit“. Auch für das Jahr 1931 hat das badische Ministerium des Innern eine katholische Wohlfahrtslotterie als „Frohe Kindheit“ genehmigt, die demnächst ihre Spielzeit beginnen wird. Diese Lotterie des Caritasverbandes läuft zugunsten der Kinder- und Jugendfürsorge in der Erzdiözese Freiburg.

Fängt keine Frösche! Ein Schuhmacher aus Dietigheim wurde angezeigt, weil er Frösche gefangen und Fröschenkel verkauft hatte. Der Frosch ist ein geschütztes Tier und darf nicht gefangen werden. Auch der Käufer ist strafbar.

Der mißhandelte Schiedsrichter. Am Sonntagmorgen wurde das Ratrumkommando nach dem Sportplatz des Fußballvereins „Südfern“ an der Ettlinger Allee gerufen, wo der Schiedsrichter von Anhängern des Spielgegners nach Wendung des Spieles tödlich angegriffen worden war. Ein Zimmermann aus Teufelshausen, der den Schiedsrichter durch Fußtritte auf Magen und Oberarm mißhandelt hatte, wurde samt den Zeugen mit zur Polizeiwache genommen.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Das meist wolkenlose Frostwetter hat bisher bei uns angehalten. Auf freien Hochlagen sind die Temperaturen heute Nacht bis auf minus 20 Grad gesunken. Auf dem Feldberg ist Temperaturumkehr eingetreten. Während in Süddeutschland strenger Frost herrscht, hat der Norden des Reiches gestern einen Umschlag zu Lawetter mit Regen erfahren. Eine atlantische Zyklone hat ihre Warmluftmassen bis zur Mainlinie vorgeschoben. Auch bei uns ist daher allmählich mit milderem Frostwetter zu rechnen. Wetterausblick: Nachlassen des Frostes, zeitweise leicht bewölkt.

Wasserstände. Waldshut 24—5, Basel 135—14, Schutterinsel 90—8, Rehl 248—11, Maxau 431—16, Mannheim 347—25, Caub über 200 Zentimeter.

Verbotene Antolinie. Ein Kraftfahrzeughändler in Pforzheim gelangte zur Anzeige, weil er ohne Genehmigung einen regelmäßigen Kraftfahrkursbetrieb auf der Strecke Pforzheim—Bräuningen—Ettlingen aufgenommen hatte, und zudem der Verkehr auf der genannten Strecke durch Einrichtung einer Kraftschleife seitens der Reichspost gewährleistet ist. Die Postautolinie dient zur Ergänzung des beschränkten Fahrplans der Beleg.

Bezirksrat und Gemeindefeuern. Mehrere Gemeinden haben die Einführung der Bürgersteuer, der Biersteuer, Gemeindefeuern und die Erhöhung der Umlagen der Umlagen zur Deduktion des vorhandenen Defizits abgelehnt. Der Bezirksrat Heidelberg lehnte mit Mehrheit die Erlassung von Anweisungen gemäß Paragraph 9 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung ab, so daß nunmehr das Ministerium die erforderlichen Anordnungen wird treffen müssen.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. In Dudenbach (bei Ettlingen) erhielt keiner der drei Kandidaten die Mehrheit. Es wurden abgegeben 365 Stimmen für G. Weber, Landwirt, 286 Stimmen für Josef Werner, Wagnermeister, und 174 Stimmen für Benedikt Schwab.

Aus dem Mannheimer Stadtrat. In der letzten Stadtratssitzung in Mannheim hatte die nationalsozialistische Fraktion beantragt, gemäß § 67 der Gemeindeordnung einen Ausschuß zu bilden zwecks Erhebung von Klagen auf Schadensersatz gegen Mitglieder des früheren Stadtrats wegen pflichtwidriger Handlungen beim Bau des städtischen Hotels. Den Antragstellern wurden in einer vorhergehenden Besprechung die Entstehungsgeschichte des Hotelbaues, die Betriebsergebnisse und die Vorgänge bei der Verpachtung des Hotels eingehend erläutert. Pflichtwidrige Handlungen liegen nicht vor. Der Stadtrat beschloß, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen, da nach § 67 der Gemeindeordnung nicht der Stadtrat, sondern der Bürgerausschuß zuständig ist. Über die Anträge der Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei auf Einführung einer Warenhaus-, Filial- und Konsumvereinsteuern beschloß der Stadtrat, zur Tagesordnung überzugehen, da nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes des badischen Steuerabteilungsgegesetzes und des badischen Grund- und Gewerbesteuergegesetzes die Einführung einer derartigen Steuer in den badischen Gemeinden nicht zulässig ist.

Die Arbeitslosigkeit in Heidelberg. Vom Arbeitsamt Heidelberg wird mitgeteilt, daß sich 2927 Personen in der Stadt Heidelberg in Unterfertigung befinden. Im Bereich des gesamten Arbeitsamtsbezirks sind es 9750 Arbeitslose. Die Zahl der Arbeitsuchenden beziffert sich auf 27 289. Im ganzen wurden 92 Einzelbetriebe der Tabakindustrie mit fast 12 000 Arbeitnehmern stillgelegt. Die Aufnahme dieser Hochflut von Unterfertigungsanträgen ist im Gange.

Die Gemeinderatswahl in Eberbach ungültig. Der Bezirksrat Heidelberg beschloß sich mit der Einsprache gegen die Gemeinderatswahl in Eberbach, die wegen Verletzung einer wesentlichen Formvorschrift (Nichteinhaltung der dreitägigen Frist des Paragraphen 49 Ziffer 2 der Gemeindeordnung) für ungültig erklärt wurde.

Die Gemeinde Ketsch bei Schwellingen befindet sich in einer außerordentlichen Notlage. Die Zahl der Erwerbslosen ist unverhältnismäßig hoch, so daß der Voranschlag für 1930 um rund 36 000 Reichsmark überschritten wurde. Zur Deduktion dieses Fehlbetrags hatte die Gemeindeverwaltung einen Nachtragsetat aufgestellt, der eine Umlageerhöhung um rund ein Drittel vorsah. Außerdem beantragte die Gemeindeverwaltung die Einführung der Bürgersteuer, der Biersteuer und einer zehnprozentigen Gemeindegewerbesteuer. Die Staffellung der letzteren wurde vom Bezirksrat abgelehnt, dagegen der ganze Nachtragsetat angenommen.

Der Bürgerausschuß Brühl (bei Schwellingen) hat mit 30 gegen 22 Stimmen bei 1 Enthaltung die Einführung der Biersteuer abgelehnt.

Gehaltsbesatz. Die Gemeindebeamten und -angestellten in Blankstadt bei Schwellingen, sowie die Angestellten der Sparkasse haben auf 6 Prozent ihres Gehalts verzichtet. Die Gemeinderäte erklärten sich mit einer Herabsetzung der Sitzungsgebühren von 3 auf 2 M einverstanden.

Biersteuer in Hausach abgelehnt. Der neugewählte Bürgerausschuß Hausach, dem 67 Mitglieder angehören, trat zu seiner ersten Sitzung am Freitag zusammen. Infolge einer in Hausach herrschenden Grippeepidemie fehlten nicht weniger als 7 Mitglieder. Als wichtigsten Punkt verhandelte man über Einführung der Biersteuer. Diese wurde schließlich mit 28 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Die Gehaltskürzung der städtischen Beamten und Angestellten in Offenbach wird vom 1. Februar an durchgeführt, nachdem die Beamtenentscheidungen erklärt hat, daß sie auf die entgegenstehenden wohlverordneten Rechte verzichtete. Die beiden Bürgermeister haben sich freiwillig mit einem der Notverordnung entsprechenden Gehaltsabzug vom 1. Februar an einverstanden erklärt.

Fremdenbesuch in Bad Dürkheim. Im Dezember sind in Bad Dürkheim 863 Gäste neu angekommen. Die Zahl der Übernachtungen betrug 13 469. Im Jahre 1930 weilten in Bad Dürkheim nach der amtlichen Fremdenverkehrsstatistik 11 599 Gäste mit 305 492 Übernachtungen. Die Zahl der Ausländer betrug 437.

Die schwierige Finanzlage der Stadt Singen. Der Haushaltsplan der Stadt Singen für das Rechnungsjahr 1930 schließt in Ausgaben mit 2,9 Millionen, in Einnahmen mit 2,1 Millionen ab, so daß ein ungedeckter Aufwand von rund 750 000 M vorhanden ist. Zur Deduktion des Fehlbetrags werden die Steuergrundbeträge um 25 Proz. erhöht. Die Gemeinde Singen ist in das Rechnungsjahr 1930 mit einem Fehlbetrag in Höhe von rund 250 000 M eingetreten. Dieser Fehlbetrag sollte in den Jahren 1930/31 und 1932 nach den Beschlüssen des Bürgerausschusses gedeckt werden. Bei Beginn des Rechnungsjahres 1930 fehlte der Stadtkasse der bereits ausgegebene Betrag. Von dem bewilligten Überbrückungskredit war bisher noch kein Pfennig flüssig zu machen. Nach Schätzungen kommt im Rechnungsjahr 1930 gegenüber den Ergebnissen des vorläufigen Voranschlags ein weiterer Fehlbetrag von 286 000 M hinzu, so daß sich die Stadt zur Zeit in einer recht schwierigen Finanzlage befindet. Die Kürzung der Gehälter der städtischen Beamten und verschiedene Einsparungen haben den Fehlbetrag auf 216 000 M ermäßigt. Die Bürgersteuer soll ein Erträgnis von 45 000 M und die Erhöhung der Biersteuer ein Mehr von 15 000 M bringen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	12. Januar		10. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.00	169.34	169.06	169.40
Kopenhagen 100 Kr.	112.26	112.48	112.24	112.46
Italien . . . 100 L.	21.995	22.035	21.98	22.02
London . . . 1 Pfd.	20.397	20.437	20.391	20.431
New York 1 D.	4.2010	4.2090	4.2005	4.2085
Paris . . . 100 Fr.	16.475	16.515	16.473	16.513
Schwiz . . . 100 Fr.	81.375	81.535	81.38	81.54
Wien 100 Schilling	59.065	59.185	59.05	59.17
Prag . . . 100 Kr.	12.443	12.463	12.441	12.461

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 7. Januar berechnete Großhandelsindexziffer ist mit 116,9 gegenüber der Vorwoche (117,1) um 0,2 Proz. gesunken.

Das Tabakgeschäft. In Sing wurden insgesamt 1150 Zentner Obergut und 200 Zentner Sandblatt verworfen. Der Tabak ist von ganz hervorragender Qualität, während die Quantität weiter hinter den Erwartungen zurückbleibt. — In Remprechtshofen kamen 380 Zentner Obergut zum Preise von 80 M pro Zentner zum Verkauf.

Kurze Nachrichten aus Baden

Herliches Winterwetter im Schwarzwald
D3. Freiburg i. Br., 11. Jan. Nachdem zum Wochenende...

D3. Weinheim, 11. Jan. Seit Anfang der Woche ist Weinheim ohne Bier...

Bl. Hüllstein (bei Steinen), 12. Jan. Bürgermeister Greiner kann auf eine 25jährige Tätigkeit als Bürgermeister zurückblicken...

D3. St. Blasien, 10. Jan. Aus Anlaß seines goldenen Ehejubiläums wurde Altbürgermeister Adolf Wäcker wegen seiner vielseitigen Verdienste um das Wohl von St. Blasien zum Ehrenbürger ernannt.

Bl. Bonndorf, 12. Jan. In Dillendorf bei Bonndorf brach in der Nacht vom Sonntag auf Montag Feuer aus, wodurch zwei Anwesen eingestürzt wurden.

D3. Furtwangen, 10. Jan. In noch nicht vollendetem 50. Lebensjahre starb nach längerem schweren Leiden Direktor Armin Nombach...

D3. Überlingen, 11. Jan. In Oberföhringen entstand gestern ein Brand, dem das Anwesen des Landwirts Franz Reif bis auf das Wohnhaus zum Opfer fiel.

Staatsanzeiger

Dem Naturheilverein Weimar wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 6. Januar 1931.
Der Minister des Innern
J. V. Weigel.

Auf Grund der am 20. bzw. 23. Dezember 1930 beendeten Staatsprüfung für das höhere Lehramt an Gewerbeschulen sind nachgenannte Gewerbeschulreferendare (Diplomingenieure) für bestanden erklärt worden...

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Personeller Teil
Ernennungen, Versetzungen, Zurufbefragungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:
Verwaltungsassistent Josef Keller beim Bezirksamt Karlsruhe zum Verwaltungssekretär...

Zur Ruhe gesetzt:
Verwaltungsoberrat Verthold Eichhorn beim Bezirksamt Donaueschingen.

Zur Ruhe gesetzt bis zur Wiederherstellung der Gesundheit:
Polizeihauptwachmeister Karl Bredner in Lörrach.

Gestorben:
Bezirksbaumeister Ferdinand Finus beim Bezirksamt Konstanz.

Ministerium des Kultus und Unterrichts
Ernannt:
Den Direktor der Medizinischen Poliklinik in Bonn, Professor Dr. R. Siebel zum ordentlichen Professor für innere Medizin und Direktor der Medizinischen Klinik an der Universität Heidelberg auf 1. April 1931.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:
Hauptlehrer Karl Müller in Mannheim bis zur Wiederherstellung der Gesundheit.

Gestorben:
Professor Karl Binder in Erbrugg i. Schw.; Anton Häfner, Hauptlehrer in Sodenheim.

Bekanntmachung.

Das Sparbuch Nr. 1599 unserer Kasse, lautend auf den Namen „Fräulein Elisabeth Geiger von Brudfelden, nun in Otrach“, ist abhanden gekommen.

Heiligenberg/Bodensee, den 8. Januar 1931.

Bezirks-Sparkasse Heiligenberg/Bodensee

Öffentliche Verbandsparasse

WIR WERBEN
FÜR SIE!

Advertisement for Lebensbedürfnisverein featuring a logo with a crown and the text 'An unsere sehr geehrten Mitglieder! Letzter Termin zur Ablieferung der Gegenmarken-Sammel- u. Geschäftsanteil-Karten von 1930 Montag, 19. Januar 1931'



Badisches Landestheater
Dienstag, den 13. Jan. 1931
Vollstündige
Januarvorstellung
Das Lamm des Armen
Tragikomödie
von Stefan Zweig
Regie: Waumbach

b. d. Trend, Grimm, Luther, S. Kienhöfer, Müller, G. Seibert
Anfang 1914 Ende 29
Preis A 0,70-5 RM
Der IV. Rang ist für den allgem. Verkauf freigelegt.

Zentralhandelsregister für Baden.

Table with multiple columns listing companies and their legal status. Columns include location (e.g., Ettlingen, Heidelberg, Karlsruhe), company name, and registration details. Entries include 'Firma Michael Freund in Heidelberg', 'Firma Engelhard Nachf. in Heidelberg', etc.